

Druckversion Artikel versenden Leserbrief

9. März 2008, 04:00 Uhr

VON FLORA WISDORFF

Arbeitskämpfe werden härter

Nach den Warnstreiks im öffentlichen Dienst wollen am Montag erneut die Lokführer die Arbeit niederlegen. In Deutschland steigt die Zahl der Tarifauseinandersetzungen, die zudem aggressiver werden. Die Gewerkschaften profitieren davon. Das Land muss sich auf eine neue Konfliktkultur einstellen

Die Bahnstreiks haben ihn mächtig gemacht, und mittlerweile kennt ihn fast jeder Bundesbürger. "Wir können Arbeitskämpfe länger durchhalten, als Deutschland sie vertragen kann", tönt Manfred Schell selbstbewusst. Der Chef der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) legt seit einem Jahr immer wieder die Republik lahm, indem er Züge stehen lässt. Am Montag soll es wieder losgehen. Schell ist Teil eines Phänomens, das sich seit einigen Jahren bemerkbar macht. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern verändern sich, und mit ihnen die Rituale der Tarifauseinbarung. Die Drohung, die Arbeit niederzulegen, wird häufiger und schneller umgesetzt. Das zeigt sich derzeit in der Tarifauseinbarung für die öffentlich Bediensteten von Bund und Gemeinden. Die Warnstreiks in der vergangenen Woche waren ungewöhnlich aggressiv. Scheitert die eingeleitete Schlichtung, könnte es nach Ostern einen ausgewachsenen Arbeitskampf geben, und dann würde das Chaos an den Flughäfen länger als ein paar Stunden dauern. "Die Arbeitsbeziehungen sind in den letzten Jahren konfliktreicher geworden, was sich auch in einer gestiegenen Anzahl von Streiks niederschlägt", sagt Heiner Dribbusch von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Das Konsensmodell ist brüchig geworden: "Die Bundesrepublik ist nicht mehr ein durch ein funktionierendes Tarifvertragssystem wohl temperiertes Sozialmodell", beschreibt Michael Kittner in seinem Buch zur Streikgeschichte mit dem Titel "Arbeitskampf" die Entwicklung.

Eigentlich ist Deutschland weltweit dafür bekannt, dass besonders wenig gestreikt wird. Das deutsche Sozialmodell stellte die Einigung am Verhandlungstisch an die erste Stelle. Der Streik sei das "Schwert an der Wand", das nur im äußersten Notfall abgenommen werde, erklärt der Gewerkschaftsexperte Walther Müller-Jentsch die Tradition. Der Kuschkurs zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern galt als Standortvorteil. Im internationalen Vergleich wird deutlich, warum: Während in Deutschland zwischen 1996 und 2005 pro 1000 Arbeitnehmern nur 2,4 Tage wegen Streiks ausfielen, waren es zum Beispiel in Frankreich 71,5.

Früher trieben vor allem wenige branchenweite Arbeitskämpfe die Statistik in die Höhe. So wie der Streik im öffentlichen Dienst Anfang der 70er-Jahre, als der legendäre Chef der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Heinz Kluncker, nach nur drei Streiktage eine Lohnerhöhung von elf Prozent erzwang. 193 000 Beschäftigte hatten sich an dem Ausstand beteiligt.

Das deutsche System begünstigt Stabilität. Traditionell handeln die großen Einheitsgewerkschaften branchenweite Tarifabschlüsse mit den Arbeitgebern aus. Zudem beugen Gesetze ausufernden Konflikten vor, politische Streiks sind verboten. Massenarbeitsniederlegungen wie in Frankreich 1995 wegen der Rentenreform wären hierzulande nicht legal, das Gleiche gilt für Generalstreiks. Einzig und allein tariflich regelbare Ziele dürfen der Grund für den Aufruf zum Ausstand sein, und nur die Gewerkschaften dürfen das tun.

Zudem wurde die Streiklust in Deutschland seit den 90er-Jahren durch die Globalisierung zusätzlich gedämpft. Die Machtverhältnisse verschoben sich deutlich zugunsten der Arbeitgeber. Die konnten schließlich mit Produktionsverlagerungen, beispielsweise nach Osteuropa, drohen. Dazu kam, dass die hohe Arbeitslosigkeit und das schwache Wirtschaftswachstum den Gewerkschaften Mitglieder nahmen und die Forderung nach Lohnzuwächsen unpopulär machten. Im Gegenteil: Lohnzurückhaltung wurde akzeptiert, um Arbeitsplätze im Land zu erhalten. In Deutschland gab es kaum Streiks.

Doch nun ist der Aufschwung da, und zwar schon seit mehr als einem Jahr. Die Begehrlichkeiten wachsen, die Gewerkschaften sehen "Nachholbedarf" für Lohnerhöhungen. Und die politische Stimmung im Land spielt den streiklustigen Organisationen in die Hände. Denn auch wenn sie wegen Warnstreiks beispielsweise am Flughafen feststecken, zeigen viele Bürger Verständnis. Ihren eigenen Wunsch nach "sozialer Gerechtigkeit" finden sie in den Forderungen der Gewerkschafter wieder.

Es wirken aber noch andere Mechanismen. Insgesamt sind die Gewerkschaften schwächer geworden, ihre Mitgliederzahlen schrumpfen kontinuierlich. Vor allem die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di, die 2001 aus fünf Einzelgewerkschaften entstand, leidet darunter. Seit der Fusion hat sie 20 Prozent ihrer Beitragszahler verloren.

Ein Arbeitskampf kann da helfen. Streikt eine Gewerkschaft, wird sie sichtbarer und gewinnt neue Mitglieder. Der Konflikt im öffentlichen Dienst sei für Ver.di auch "Eigenmarketing", sagt Gewerkschaftsforscher Claus Schnabel von der Universität Erlangen-Nürnberg. Zudem könne der Ausstand Probleme vergessen machen. "Der Arbeitskonflikt dient auch dazu, die Mitglieder von den internen Schwierigkeiten abzulenken und stärker auf die Gruppenziele zu verpflichten", sagt Hagen Lesch, Tarifexperte beim arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft.

Nicht nur die Schwäche der Großgewerkschaften prägt die Arbeitskämpfe. Sie haben auch neue Konkurrenz bekommen. Die Lokführer stehen exemplarisch dafür. Weil sie ihre eigenen Wünsche nicht genügend berücksichtigt fand im Verbund mit der im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) beheimateten Transnet, scherte die GDL aus. Schon seit einem Jahr fordert sie einen eigenständigen Tarifvertrag. Ihr Druckmittel: Streik. Weil die Lokführer an einer strategisch so wichtigen Position

WISSENSTEST



Sind Sie ein Nachrichten-Profi?
Wissen ist Macht. Aber im täglichen, bunten Info-Dschungel von TV, Internet und Radio kann man leicht den Durchblick verlieren. Was wissen Sie wirklich? [mehr...](#)

[alle Wissenstests und Gewinnspiele](#)

AKTUELLE BILDERGALERIEN



Unsexiest 2008
Neues Ranking – Die unattraktivsten Damen der Welt [mehr...](#)



Eva Padberg und der Katalog
Das Model wirbt für Karstadt-Mode [mehr...](#)



Liza Li im neuen Playboy
Die schönsten Fotos aus der April-Ausgabe des deutschen Herrenmagazins [mehr...](#)



Ungeschminkte Stars
Das Grauen hat einen Namen – aber welchen? [mehr...](#)



150 Fakten über Sex
Wie lang, wie oft, wo und mit wem? [mehr...](#)

[alle Bildergalerien](#)

KOLUMNE



Heartcore
Johanna Merhof über Herzensleid, Beziehungstaumel und den Irrsinn des Großstadtlebens [mehr...](#)

TOP THEMA: AUTOMESSE NEW YORK



New York feiert eine grandiose PS-Party
Autoshow: New York feiert Pferdestärken

VON THOMAS GEIGER [mehr...](#)

SPEZIAL



Wer kommt nach Bush?
Das Rennen um die US-Präsidentschaft hat begonnen. WELT ONLINE

sitzen, genügen schon relativ wenig Streikende, um große Wirkungen zu erzielen.

Ähnlich haben es schon die Klinikärzte, die Piloten und die Fluglotsen gemacht. Vom DGB werden sie als "egoistisch" beschimpft - doch das wird wenig ändern. In einer Arbeitswelt, in der die Anforderungen höher und ehemals staatliche Unternehmen privatisiert werden, wächst die Bereitschaft zu Konflikten. Die Solidarität geht zurück. Experten rechnen damit, dass weitere Berufsgruppen ihren eigenen Weg gehen könnten.

Arbeitsrichter haben diese Entwicklung bisher unterstützt. So hat es die Deutsche Bahn bisher nicht geschafft, die Streiks der Lokführer für einen eigenen Tarifvertrag vor Gericht grundsätzlich zu stoppen. Viele Arbeitsrechtler befürworten die neue, differenziertere Tariflandschaft, obwohl in Deutschland eigentlich gilt: "ein Betrieb, ein Tarif". "Die Phalanx fest gefügter Positionen ist in jüngster Zeit ins Wanken geraten", stellt der Hamburger Arbeitsrechtler Ulrich Zachert fest. Erst im vergangenen Jahr hat das Bundesarbeitsgericht das Streikrecht gelockert, indem es grundsätzlich "Sympathiestreiks" erlaubte. Das heißt, Beschäftigte dürfen ihre Arbeit niederlegen, auch wenn es gar nicht um ihre eigenen Belange geht.

Arbeitsrechtsexperte Zachert glaubt, dass der klassische, großflächige Arbeitskampf, wie ihn Ver.di gerade im öffentlichen Dienst führt, sich zwar noch nicht überlebt hat. Aber es gebe einen "Formwandel der Konfliktaustragung". Und zwar nicht nur hin zu neuen, militanteren Vereinigungen. Künftig werde es auch virtuelle Arbeitskämpfe geben, glaube Zachert. Dafür käme etwa die Bombardierung eines Arbeitsgebers mit elektronischer Post infrage.

[Druckversion](#) [Artikel versenden](#) [Leserbrief](#)

TW Steel Fliegeruhren XL

Jetzt mit: 30 € Geschenk-Gutschein - auch als Sofort-Rabatt einlösbar
www.Uhren4you.de

Zubehör für Flieger

Zubehör u. Geschenkideen Schlüsselanhänger, Bücher, Video
www.segelflugbedarf24.de

ICAO-Karten, LUGEKA, ...

Ausgabe 2008 - viele Änderungen Luftfahrtkarten jetzt aktualisieren
www.plano2plus.de

Nanotechnologie

Wie kann Ihr Unternehmen von der Nanotechnologie profitieren?
www.ZT-Consulting.de



Google-Anzeigen

[Politik](#) [Wirtschaft](#) [Finanzen](#) [Sport](#) [Vermischtes](#) [Kultur](#) [Wissen](#) [Webwelt](#) [Reise](#) [Motor](#) [Lifestyle](#) [Satire](#) [Fernsehen](#) [Berlin](#) [Hamburg](#) [München](#)
[Welt Debatte](#) [Die Welt Besten](#)

[Nachrichten](#) | [Suche \(beta\)](#) | [Abonnement](#) | [Redaktion](#) | [Impressum / Kontakt](#) | [Datenschutz](#) | [Mediadaten Print](#) | [Mediadaten Online](#) | [Anzeigenannahmen](#)

26. März 2008, 13:31 Uhr

VON JOACHIM FAHRUN

ÖFFENTLICHER DIENST

Im April droht Eskalation an der Streikfront

Die Gewerkschaften fordern vom Berliner Senat Tarifierhöhungen für die Beschäftigten in Verwaltungen, Kitas und bei der Polizei. Innensenator Körting wird zwar darüber mit der Arbeitnehmerseite sprechen, doch ob er bei dem Treffen mehr Geld anbieten wird, ist offen. Und so könnte im April eine neue Streikwelle durch Berlin rollen.

Im Tarifkonflikt beim öffentlichen Dienst Berlins könnte die Funkstille zwischen Gewerkschaften und der Landesregierung überwunden werden. Zwar wird der Senat die von Ver.di, IG Bau, GdP und GEW angebotenen Gesprächstermine am 2. oder 3. April nicht wahrnehmen. Nach seinem Urlaub, der am 8. April endet, werde Innensenator Ehrhart Körting (SPD) aber gern ein "informatorisches Gespräch führen", sagte Körtings Sprecherin.

Ein entsprechender Brief an die Verhandlungsführerin, Ver.di-Landesvize Astrid Westhoff, sei bereits aufgesetzt. Gerichtlich gegen die Gewerkschaften vorzugehen sei nicht geplant. Gleichwohl bleibe die Regierung bei ihrer Einschätzung, wonach die jüngste Eskalation im seit Monaten gärenden Tarifstreit für die 60.000 Arbeiter und Angestellten im Landesdienst unrechtmäßig sei.

Die Gewerkschaften hatten vor zwei Wochen alte Tarifverträge gekündigt. Auf diesen basiert der Solidarpakt für Berlins öffentlichen Dienst, der den Beschäftigten Gehaltsverzicht von rund zehn Prozent verordnet. Nach Ver.dis Lesart müssten sie künftig wieder an prozentualen Lohnerhöhungen auf der Bundesebene beteiligt werden. Die Gewerkschafter fühlen sich ab 1. April nicht mehr der Friedenspflicht unterworfen.

Im April droht in Berlin ein Behördenstreik

Die Arbeitnehmerseite hat den Senat zu Gesprächen über prozentuale Gehaltserhöhungen aufgefordert. "Wenn er es lässt, sind wir gezwungen, die Tarifauseinandersetzung weiterzutreiben", warnte Westhoff. Im April sei dann eine Urabstimmung über Streiks in Kitas, Bürger-, Ordnungsämtern und anderen Behörden denkbar. Im öffentlichen Dienst hätten die Beschäftigten 2004 mit einem Prozent plus das letzte Mal eine Gehaltssteigerung gehabt. Durch die Inflation seien die Reallöhne seither um 7,6 Prozent gefallen.

Im Roten Rathaus nimmt man die neue Lage durchaus ernst. Im April wird mit einer Eskalation an der Streikfront gerechnet. Vor Ostern ließen sich die Senatoren von Körting in der Senatssitzung ausgiebig die komplizierte Lage erklären. Der Innensenator argumentierte, die Gewerkschaften hätten den Bundesangestelltentarif (BAT) gekündigt, der eigentlich nach der Einführung des neuen bundesweiten Tarifvertrages der Länder (TV-L) im Oktober 2006 nicht mehr existiere. Weil Berlin ebenso wie Hessen aus der bundesweiten Tarifgemeinschaft der Länder sowie aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband ausgetreten war, gelten in der Hauptstadt aber noch die alten Regeln.

Ver.di: "Alle benötigen mehr Geld in der Tasche"

Gleichzeitig hängen auch Berliner Einrichtungen wie die Berliner Stadtreinigung (BSR), die Wasserbetriebe und die Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW) an der laufenden bundesweiten Tarifrunde. Hier wird die Schlichtung zwischen der Ver.di-Forderung von acht Prozent und dem Angebot des Bundesinnenministers von fünf Prozent über zwei Jahre bei längerer Arbeitszeit Ende der Woche erwartet. Bei Ver.di wird die Absicht nicht bestritten, die verschiedenen Tarifkonflikte, zu denen auch der BVG-Streik gehört, zeitlich zusammenzuführen, um den Druck zu erhöhen. "Da sitzen alle im selben Boot", sagte Ver.di-Landesvize Westhoff: "Alle brauchen dringend wieder ein bisschen mehr Geld in der Tasche." Der Senat habe mit seinem Austritt aus den bundesweiten Arbeitgeberverbänden die "vielen Baustellen" selbst erzeugt.

Ob Senator Körting in sein Gespräch mit der Aussicht gehen kann, die Gehälter vor dem Auslaufen des Solidarpakts 2010 anzuheben, ist unklar. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) hat sich dagegen ausgesprochen. Der Koalitionspartner sieht das anders. Die Linke teile zwar nicht alle Forderungen der Gewerkschaften, sagte Fraktionsvize Stefan Liebich: "Man sollte aber jetzt schon über Gehaltserhöhungen, Einstellungskorridor und die Entwicklung des öffentlichen Dienstes verhandeln."

WWW.TAGESSPIEGEL.DE



URL: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/;art270,2500619>

Arztpraxen vereinzelt geschlossen Mediziner streiken noch bis Freitag

Liva Haensel

26.3.2008 0:00 Uhr

In Berlin und Brandenburg stand gestern so mancher erstaunte Patient vor verschlossener Tür. Grund ist die Protestaktion, zu der der Verband Freie Ärzteschaft bundesweit aufgerufen hat. Noch bis zum Freitag werden sich einige Haus- und Fachärzte daran beteiligen. Die Freie Ärzteschaft schätzt, dass 20 bis 25 Prozent der Mediziner bei der Aktion mitmachen, in Großstädten wie Berlin aber durchaus weniger.

Die Kritik der Ärzte richtet sich dieses Mal gegen die Großkonzerne, die nach Meinung des Verbandes die ambulante Versorgung von Patienten immer mehr „aushungern“ würden. „Investoren kaufen Kliniken auf und handeln Versorgungsverträge mit Krankenkassen aus – die freie Arztwahl fällt dadurch weg“, sagt Martin Grauduszus, Präsident der Freien Ärzteschaft. Die Aktion solle den Menschen daher als Zukunftsszenario vor Augen geführt werden: Wenn es keine Arztpraxen mehr gibt, wird der Patient vor verschlossenen Türen stehen.

Vielen Patienten, die bis Freitag bei ihrem Arzt einen dringenden Termin benötigen, bleibt nur der ärztliche Vertreter. Auf dem Anrufbeantworter könnte einen nämlich dieser Satz erwarten: „Aufgrund der Gesundheitspolitik bleibt die Praxis bis zum 28. März geschlossen“. Mediziner, die ihre Praxis dicht machen, verweisen allerdings auf dem Tonband fast immer auf Kollegen in der Nähe, bei denen der Patient Hilfe findet.

Wie viele Ärzte sich tatsächlich in Berlin an dem Streik beteiligen, kann weder die Kassenärztliche Vereinigung (KV) noch die Freie Ärzteschaft sagen. „Uns ist keine einzige Praxis bekannt, die sich für die Schließung angemeldet hat“, sagt Rafaela Graf von der Pressestelle der KV.

Daniel Panzer, Chef-Anästhesist der privaten Schloßklinik in Steglitz, ist Mitglied des streikendes Verbandes und befürwortet den Ausstand. „Ich kann selbst nicht die Türen schließen, weil ich von meinen Operateuren abhängig bin“, sagt er. Aber der Protest wirke sich deutlich aus: „Wir haben diese Woche nur zehn Patienten, die wir operieren. Normalerweise sind es 40 bis 60.“ Wolfgang Mitlehner, Vorsitzender des Vereins Medi Berlin, geht davon aus, dass sich an der Protestaktion viele Ärzte beteiligen: Ein Grund dafür sei auch, „dass das Quartal zu Ende geht und viele dann kostenlos arbeiten, weil sie über dem Budget liegen“. Medi Berlin will dem Beispiel folgen – zum nächsten Quartal soll es wieder „öffentlichkeitswirksame Aktionen geben“, so Mitlehner. *Liva Haensel*

(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 26.03.2008)

HANDELSBLATT, Mittwoch, 5. März 2008, 16:59 Uhr

Streikrecht

Englische Verhältnisse oder der Streik der Politik

Von [Dietrich Creutzburg](#)

Was Verdi & Co. mit ihrem Arbeitskampf im öffentlichen Dienst den Bürgern derzeit zumuten, ist ein milder Vorgeschmack. Und zwar nicht nur auf das, was dem Land durch einen „Totalstreik“ der Lokführer blühen kann – einen Streik, der über den Güterverkehr das logistische Rückgrat der Wirtschaft empfindlich trifft. Es ist auch der Vorgeschmack auf eine Zukunft, in der Lohnpolitik zum unkalkulierbaren Verteilungskampf wird.

Jenseits der Ordnung einer zumindest berechenbaren Branchentarifpolitik eröffnet sich eine Welt, in der die Machtkonkurrenz zersplitterter Gruppeninteressen und tagespolitische Launen ein planbares Wirtschaften verhindern. Wer das mit Sorge sieht, muss sich fragen, wie es sich abwenden lässt – notfalls durch ordnendes Eingreifen des Gesetzgebers.

Die Frage weckt unvermeidlich den Verdacht, ebenso launenhaft auf ein Verbot lästiger Streiks zu zielen. Daher muss klar sein: Der Staat kann kein Tarifensor sein. Er darf nicht darüber richten, ob auf dem Boden der grundgesetzlich geschützten Koalitionsfreiheit ermittelte Lohnforderungen und -kompromisse berechtigt sind. Das gilt für Mindestlöhne, und es gilt für andere Tariffragen.

Doch ist gerade die Disziplinierungsfunktion tariflicher Verfahrensregeln geschwächt worden durch eine fallweise entscheidende Arbeitsrechtsprechung. Zu prüfen ist, wie diese Disziplin wieder gestärkt werden kann.

Unter dem Einfluss der Richter ist zum Beispiel die klare Trennung von Warn- und Erzwingungsstreiks verlorengegangen. Zwar sehen die meisten Gewerkschaftssatzungen vor, dass es vor unbefristeten Arbeitskämpfen Urabstimmungen geben muss. Dennoch kommt es zu immer mehr Ad-hoc-Streiks, die sich kaum noch von der höchsten Eskalationsstufe unterscheiden. Das legt es nahe, vor Streiks generell eine Urabstimmung vorzuschreiben. Denkbar wäre auch, vor der möglichen Eskalation eine Schlichtungsrunde zu verlangen. Das würde überschießenden Eifer dämpfen, auch wenn Tarifparteien nicht gezwungen werden können, Schlichtersprüche anzunehmen.

Fragen wirft auch das jüngste Urteil des Bundesarbeitsgerichts zugunsten sogenannter Sympathiestreiks auf. Danach dürfen Gewerkschaften, nun mit höchstrichterlichem Segen, auch solche Arbeitnehmer streiken lassen, die von einem Konflikt gar nicht direkt

betroffen sind, sondern nur Kampfunterstützung für Kollegen leisten sollen. Auch hier könnte der Gesetzgeber klarere Grenzen ziehen.

Das größte Risiko ist allerdings, dass immer weitere Berufsgruppen den Beispielen von Lokführern und Piloten folgen. Hier zerfällt unwiederbringlich das Fundament einer Tarifpolitik, die sich am Gesamtverband von Betrieb und Belegschaft orientiert. Das Problem ist: Ausgerechnet in diesem Punkt scheint es kein gezieltes gesetzliches Gegenmittel zu geben, das der Tarifautonomie entspricht.

Was folgt daraus? Erstens: Ein stabiles Tarifsysteem stellt hohe Anforderungen an Weitsicht und Augenmaß – bei Gewerkschaften und bei Arbeitgebern. Zweitens: Der Gesetzgeber kann dies durch rechtliche Korrekturen wirksam fördern. Leider wird die Große Koalition die Chance kaum nutzen. Sie muss aber wissen: Was auch immer aus dem Tarifsysteem wird, ihre Verantwortung dafür wird sie nicht los.

Informationen zur Zeitverzögerung und Nutzungshinweise:

Die in Handelsblatt.com veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Nachrichten und Artikel beruhen teilweise auf Meldungen der Nachrichtenagenturen AP, dpa, sid, Reuters und Dow Jones. Dennoch können weder die Verlagsgruppe Handelsblatt, noch deren Lieferanten für die Richtigkeit eine Gewähr übernehmen. Das Handelsblatt weist ausdrücklich darauf hin, dass die veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder Rechten darstellen. Sie ersetzen auch nicht eine fachliche Beratung. Die Verlagsgruppe Handelsblatt versichert zudem, dass persönliche Kundendaten mit größter Sorgfalt behandelt und nicht ohne Zustimmung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden. Alle Rechte vorbehalten.

Währungsdaten sowie die Kurse von Lang & Schwarz werden soweit technisch möglich ohne Zeitverzögerung angeboten. Andere Börsenkurse werden zeitverzögert um mindestens folgende Zeitspannen angezeigt: Deutsche Börse AG 15 Min., Börse Stuttgart AG 15 Min., AMEX 20 Min., NASDAQ 15 Min., NYSE 20 Min.

Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist untersagt.

All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

25. März 2008, 19:25 Uhr

VON JOCHIM STOLTENBERG

KOMMENTAR

Die Berliner haben den Streik bestreikt

Zuerst die gute Nachricht: Busse, U- und Straßenbahnen der BVG fahren vorerst weiter. Die schlechte: Ver.di hofft auf ein besseres Streikklima, um dann den Arbeitskampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen wieder aufzunehmen. Nach zwölf Tagen Streik, bedingungsloser Einstellung der als unbefristet angekündigten Kampfmaßnahmen über die Ostertage und dem Beschluss der Gewerkschaft am Dienstag, die BVG vorerst auf allen Strecken weiter fahren zu lassen, helfen alle Beschönigungsversuche der Arbeitnehmerseite nicht mehr: Die BVG-er sind in die Defensive geraten, sie finden kaum noch Verständnis; weder für die Weigerung, ihre Fahrzeuge zu lenken, noch für die Lohnforderung bis zu neun Prozent für die meisten der ohnehin weit über Bundesdurchschnitt bezahlten Busfahrer.

Zwar will sich Ver.di. am Dienstag wieder mit den Arbeitgebern zusammensetzen, und am Donnerstag soll die Große Tarifkommission dann über das weiteren Vorgehen entscheiden. Beide Termine werden aber schwerlich neue Bewegung in die vor allem für die Gewerkschaftsseite verfahrenere Lage bringen. Die Arbeitgeber und damit insbesondere der Senat als Herr der landeseigenen BVG hüten sich weiter, ein verbessertes Angebot vorzulegen. Der Gewerkschaft andererseits mangelt es an Rückhalt in der Bevölkerung für ihren Streik. So richten sich vor allem die Blicke von Ver.di Berlin auf den Bund. Zum Wochenende wird der Schlichterspruch im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes für die Beschäftigten beim Bund und in den Kommunen erwartet. Von diesem Kompromiss erhofft sich Ver.di – obwohl Berlin aus der Tarifgemeinschaft ausgeschieden und der Senat deshalb an den Schlichterspruch nicht gebunden ist – Rückendeckung auch für die eigenen Forderungen.

Spannend wird es also frühestens wieder in der kommenden Woche. Mit schlechten Karten für Ver.di, wie selbst deren Landesvorsitzende Susanne Stumpfenhusen einräumen musste. Ein weiterer Streik, gab sie zu, sei "schwer vermittelbar". Die Frau hat Recht. Angesichts der hohen Lohnforderungen für ohnehin über Tarif bezahltes Personal, der Weigerung, das gewaltige Lohngefälle innerhalb der BVG- Belegschaft durch differenzierte Abschlüsse zu glätten, einer Beschäftigungsgarantie bei gleichzeitiger Ausschaltung allen Wettbewerbs und der nächsten Fahrpreiserhöhung schon zum 1. April ist das, was Ver.di von den Berlinern erwartet, ziemlich vermessen.

So ist geschehen, was selten passiert, wenn hierzulande gestreikt wird: Die Berliner haben den Streik bestreikt. Mit Fahrrädern, Fahrgemeinschaften, Trampen, Taxis, durch Umsteigen auf die fahwillige S-Bahn und notfalls dank längerer Fußmärsche haben sie den Totalstreik konterkariert und Ver.di zumindest zur vorläufigen Aufgabe ihres Arbeitskampfes getrieben. So könnte am Ende aus der schlechten auch noch eine zweite gute Nachricht werden: Die Gewerkschaft sieht ein, dass sie sich verrannt hat und macht ihre Forderungen akzeptabel.

Anzeige

Handy advertisement with image of three mobile phones and text: HANDYS AB 1,- €. Angebote des Monats entdecken und für nur 10 Cent/Minute in alle Netze mobil telefonieren! Mehr Informationen»

Anzeige

Three advertisement tiles: 1. 15% Auszahlung p.a. Bis zu 15% Auszahlung p.a. und hohe Steuer- Freibeträge: König&Cie. >>Britische Leben III<< 2. Unglaublich günstig! Private Haftpflicht- Versicherung: 3 Mio. € Haftpflicht -Schutz z.B. nur 1,56€/mtl. bei CosmosDirekt 3. DSL-Paket Vodafone DSL-Paket Inklusive Bundum-Sorglos- Service mit kostenloser 24 h Hotline! Jetzt